



YouGov-Studie: Die Bayerische rückt Zukunftssorgen und Vorsorge in den Fokus

Ute Pappelbaum

Zukunftssorgen verändern das Marktumfeld für Versicherer

Die Zahlen der repräsentativen YouGov-Erhebung zeigen eine bemerkenswerte Verschiebung der Erwartungen. Inflation, geopolitische Krisen und die anhaltende wirtschaftliche Unsicherheit verändern nicht nur das Konsumverhalten, sondern auch die Wahrnehmung finanzieller Sicherheit. 75 Prozent der Befragten halten ihr Ersparnis angesichts von Inflation und Krisen nicht mehr für ausreichend geschützt. Gleichzeitig geben 52 Prozent an, sich heute größere Sorgen um ihr Einkommen zu machen als noch vor wenigen Jahren. Für Versicherungsunternehmen sind solche Stimmungsbilder weit mehr als Momentaufnahmen. Sie markieren einen strukturellen Wandel im Risikobewusstsein. Je stärker das Vertrauen in staatliche Sicherungssysteme sinkt, desto größer wird die Bedeutung privater Vorsorge, Vermögensschutz und Einkommensabsicherung.

Die Bayerische setzt auf einen „Wahlkampf der Vorsorge“

Genau an diesem Punkt setzt die Kommunikationsstrategie der Bayerischen an. Der Versicherer spricht bewusst von einem "Wahlkampf der Vorsorge" – allerdings nicht im parteipolitischen Sinn. Vielmehr versteht das Unternehmen den Begriff als Wettbewerb um Vertrauen. „Viele Menschen erleben Zukunft gerade nicht als Versprechen, sondern als Risiko“, sagt Vorstand Martin Gräfer. Versicherung müsse deshalb mehr leisten als die Regulierung von Schäden. Sie müsse Orientierung und Sicherheit vermitteln. Dafür besetzt die Bayerische künftig einzelne Vorsorgethemen mit ausgewählten Experten. Im Mittelpunkt stehen Altersvorsorge, Vermögensaufbau, Wohneigentum, Einkommenssicherung, Gesundheit sowie nachhaltige Vorsorgekonzepte.

Das eigentliche Signal lautet: Das Vertrauen in den Staat schwindet

Ökonomisch interessanter als die einzelnen Prozentwerte ist jedoch die dahinterliegende Entwicklung. Wenn 76 Prozent der Befragten davon ausgehen, sich im Alter nicht auf den Staat verlassen zu können, dokumentiert dies einen Vertrauensverlust, der weit über die Versicherungsbranche hinausreicht. Private Vorsorge gewinnt dadurch nicht

automatisch an Attraktivität, sondern an Notwendigkeit. Diese Verschiebung verändert das Verhältnis zwischen Staat, Kapitalmarkt und Versicherungswirtschaft. Versicherer profitieren kurzfristig von einer höheren Nachfrage nach Absicherungslösungen. Langfristig entsteht jedoch eine ordnungspolitische Spannung. Denn private Vorsorge kann staatliche Sicherungssysteme ergänzen, aber nicht ersetzen.

Wohneigentum wird zunehmend zum Symbol wirtschaftlicher Unsicherheit

Besonders deutlich zeigt sich die Verunsicherung beim Thema Immobilien. 78 Prozent der Befragten ohne Wohneigentum halten es inzwischen für wahrscheinlich, dass sie sich künftig kein Eigenheim mehr leisten können. Gleichzeitig sorgen sich bereits 37 Prozent der Eigentümer stärker als früher vor Schäden durch Extremwetter oder andere Risiken. Damit verschieben sich zwei Märkte gleichzeitig: Während der Zugang zu Wohneigentum schwieriger wird, steigt gleichzeitig der Bedarf, bestehende Vermögenswerte umfassender abzusichern. Für die Versicherungswirtschaft bedeutet das eine wachsende Nachfrage nach integrierten Konzepten aus Vermögensschutz, Risikoabsicherung und Finanzierung.

Nachhaltigkeit bleibt trotz Krisen ein ökonomischer Faktor

Bemerkenswert ist auch ein weiteres Ergebnis der Studie. Trotz Inflation und Konjunktursorgen sehen 53 Prozent der Befragten die Gefahr, dass Nachhaltigkeit und Energiewende politisch zu stark in den Hintergrund geraten. Damit zeigt sich ein Trend, der auch in der Kapitalanlage zunehmend sichtbar wird: Nachhaltigkeit wird nicht mehr ausschließlich als Klimathema verstanden, sondern als Bestandteil langfristiger Risikosteuerung. Für Versicherer bedeutet dies, Nachhaltigkeitsaspekte stärker mit klassischen Vorsorge- und Anlageprodukten zu verbinden.

Versicherungs- und Finanznachrichten

expertenReport



<https://www.experten.de/id/4950894/Vorsorge-als-Wahlkampfthema-Warum-die-Bayerische-die-Stimmungslage-der-Deutschen-politisch-auflaedt/>